

IK-	KORR	<p>Hrsg.: Insiderkomitee zur Förderung der kritischen Aneignung der Geschichte des MfS Arbeitsgemeinschaft in der GBM e.V.</p> <p>Postfach 790103, 13015 Berlin</p>	4/2004
Insiderkomitee			Oktober

Jour fixe im September 2004:

15.1.1990: War es ein „Sturm“ auf die Zentrale?

Heinz Engelhardt, seinerzeit General und am Ereignistage amtierender Hausherr in der MfS-Zentrale, gab zu bedenken, ob der für den 15. Januar 1990 eingebürgerte Begriff des „Sturmes“ angemessen sei. Denn der assoziiere etwa den Sturm auf die Bastille, auf das Winterpalais oder auf den Reichstag. Hier seien die Demonstranten aber nicht auf eine „Festung“ gestoßen: Es gab keine Gewalt, die Waffen waren abgelegt, das Areal war weitgehend geräumt. Deshalb gehört zur treffenden Charakterisierung des „Aktionstages“ (so der Terminus von Reinhard Schult) auch, dass es ein friedlicher, wenn auch emotional aufgeladener Vorgang war – von beiden Seiten.

Heinz Engelhardt und Reinhard Schult, der seinerzeit aktiv im Neuen Forum und Aufrufer zur Aktion war, berichteten aus ihrer Perspektive. Sie sprachen über Vorgeschichte, Hergang und Hintergründe. Zu einer vollständigen exakten Darstellung der damaligen Handlungsabläufe sieht sich kein Zeitzeuge in der Lage. Wichtig scheinen allerdings einige Fakten, die für die Betrachtung des Geschehens „Neuigkeitswert“ haben:

Im Vorfeld der Ereignisse, so Reinhard Schult, hatte am 9. September 1989 ein Ratschlag verschiedener oppositioneller Gruppen stattgefunden. Seine Fortsetzung war erst für den 2. Dezember, ein Vierteljahr später, geplant. Dieser zeitliche Abstand deutet an, dass auch die Oppositionsgruppen von der rapid sich entfaltenden DDR-Krise und den Ereignissen - darunter der Mauerfall - „überrollt“ wurden. Reinhard Schult schilderte die Erfahrungen der Opposition, welche zu ihrem Bild vom MfS führten und dieses zu einem Kernziel ihrer Kritik werden ließ.

Die Idee der DDR-Opposition für den „Aktionstag“ bestand nicht darin, das Areal zu „stürmen“, sondern es „einzumauern“ - als symbolisches Zeichen. Herantransportierte Steine seien, so Schult, von einigen „Chaoten“ für Sachbeschädigungen mißbraucht worden. (Die beiden Tore der MfS-Areals wurden übrigens von innen geöffnet!)

Auffällig für alle Beobachter am und im MfS-Gelände war, dass die eingedrungenen Demonstranten nicht auf Arbeitsgebäude zielten, etwa auf die Räume der inneren Abwehr, des MfS-Archivs oder des Ministerhauses. Sie begaben sich vielmehr, wie von unsichtbarer Hand geleitet, in den Versorgungstrakt. Kann man in dieser gleichsam unpolitischen Zielrichtung einen Grund erkennen? Eine *professionell* interessierte kleine Gruppe fand, ortskundig durch Verrat von Überläufern, über eine Verbindungsbrücke im Obergeschoß den Weg vom Versorgungstrakt in das Gebäude der HA Spionageabwehr, also einer Diensteinheit, deren Arbeitsfeld für die innere DDR-Opposition kaum, für den BND dagegen höchstes Interesse haben mußte. Hier (nirgends sonst) wurden Panzerschränke geöffnet. Einige sinnlose Verwüstungen hatten hier wohl eher den Zweck, die eigentliche Absicht hinter „Volkszorn“ zu verstecken.

Von Vertretern der Bürgerkomitees, die in sachlichen Gesprächen versuchten, die Lage zu beruhigen („keine Gewalt“), über Interessenten gegnerischer Geheimdienste bis zu aufgebracht Menschen und unvermeidlichen Randalierern reichte das Spektrum der Agierenden. Am 15. Januar (ab 15 Uhr) waren - als Kontaktpersonen - nur noch wenige Mitarbeiter des MfS im Hause verblieben. Nur der HVA-Bereich war stärker besetzt und mit „Aufklärung der DDR“ gekennzeichnet worden. Deren Mitarbeiter waren auf Gespräche eingestellt und nötigenfalls bereit, unbewaffnet mit körperlichem Einsatz ein weiteres Eindringen zu verhindern.

Zur Vorgeschichte verwies Reinhardt Schult auf die Verschiedenheit der 250 oppositionellen Gruppen in der DDR mit vielleicht 3000 Personen. Sie hatten aus seiner Sicht verschiedene Orientierungen, aber mehrheitlich nicht auf die Rekapitalisierung der DDR zielende, sondern auf größere Freiräume für die Individuen. Für die Anwesenden war aufschlussreich, von ihm erstmalig über eine Zusammenkunft einiger DDR-Oppositioneller mit dem damaligen Bürgermeister von Westberlin Momper zu erfahren - am Abend des 4.12.1989 (!). In diesem Meinungs austausch sei den DDR-Oppositionellen empfohlen worden, „... die Macht zu übernehmen...“, indem sie sich zur Regierung der DDR erklären sollten. Das hätte Putsch bedeutet. Dieses Ansinnen wurde von den anwesenden DDR-Oppositionellen abgelehnt. Ein Indiz, dass diesen nicht an einer Beseitigung, sondern vielmehr an einer grundlegenden Reformation der DDR gelegen war – nicht an einer Übernahme der bundesdeutschen gesellschaftlichen Ordnung. (Erinnert sei z.B. an die von der Opposition an Runden Tisch initiierte Ausarbeitung einer neuen Verfassung für die DDR.)

In der Diskussion wurde das unterschiedliche Vorbereitetsein verschiedener Dienstseinheiten sowohl auf die allgemeine Entwicklung, als auch auf mögliche Exzesse am 15. Januar thematisiert. Der Schutz und die Sicherung der Materialien in der HVA durch ihre Mitarbeiter war offensichtlich überlegter organisiert als in den anderen Bereichen des MfS, sowohl personell als auch materiell. Da es der HVA um den Schutz von Menschen ging, speziell im kapitalistischen Ausland lebender, dem der Schutz der eigenen Mitarbeiter untergeordnet wurde, stieß dies auch auf ein gewisses Verständnis bei Vertretern des Bürgerkomitees. (Der runde Tisch stimmte HVA-Aktenvernichtung zu.)

Werner Großmann warf die Frage nach der „Notwendigkeit“ der Aktion am 15. Januar auf. Denn: Zu diesem Zeitpunkt waren längst alle Waffen abgegeben, die massenhafte Entlassung der MfS-Mitarbeiter war im vollen Gange, der Stopp der Aktenvernichtung (außer HVA) war angewiesen! Reinhard Schult antwortete, dass angesichts des Auflösungsbeschlusses des Ministerrats seitens der Opposition eine Absage der Aktion erwogen worden war. Sie sei aber wegen des dominierenden Misstrauens gegen die staatlichen Stellen und wegen mehrfacher Täuschungen dann dennoch durchgeführt worden.

Zur Sprache kamen weitere Umstände des damaligen Geschehens, z.B. die Hektik und das bei solchen historischen Umbrüchen mitwirkende, kaum vermeidliche Chaos. Thematisiert wurden die Ratlosigkeit und der Autoritätsverlust der führenden Organe, das „unsolidarische Verhalten“ damals leitender Mitarbeiter des Partei- und Staatsapparates (namentlich genannt Walter Halbritter und Hans Modrow). Von ihnen war erwartet worden, zur primären Verantwortung der (abgelösten) SED-Führung für die innere Sicherheitspolitik zu stehen sowie der Reduzierung der Rolle des MfS auf Anti-Oppositionsarbeit entgegen zu treten. Denn diese war nur ein Teil der Arbeit des MfS – angesichts anderer Sicherheitsfunktionen, z.B. der vorbeugenden Terrorbekämpfung, Abwehr von Spionage, Personen- und Gebäudeschutz, der Aufklärung von Havarien in der Volkswirtschaft, usw. – bis zum Einsatz als „Mädchen für alles“ z.B. bei wirtschaftlichen Problemen.

Es wurde vorgeschlagen, den Folgen des 15. Januar einen eigenen Abend zu widmen.

Woge.

Dazu ein Gedanke Lenins:

„Man kann den Kampf beobachten und nur seine sozusagen äußere Seite sehen: man sieht, bildlich gesprochen, nur geballte Fäuste, verzerrte Gesichter, widerwärtige Szenen; man kann das alles verurteilen, darüber weinen und jammern. Man kann ihn aber auch beobachten und den S i n n des vor sich gehenden Kampfes begreifen, der, verzeihen Sie mir, ein klein wenig interessanter und historisch bedeutungsvoller ist, als die Szenen und Bilder der so genannten 'Exzesse' oder 'Extreme' im Kampf. ... und was mich anbetrifft, so hasse ich am meisten diejenigen, die im Kampf der Klassen, Parteien, Fraktionen in erster Linie die 'Extreme' sehen!“

Aus: Ein Gespräch; in: LW, Bd. 19, S. 25.

